57. Jahrgang Februar 2013

1-13

Zentralverband der Ingenieurvereine

Nachrichten

Energie und Umwelt: Schlüsselthemen für Ingenieure

Postvertriebsstück A 3126

Inhalt 1-2013

Leitartikel

– Ingenieurinnen und Ingenieure braucht das Land! Von Iris Gleicke, MdB 3

INGENIEURE IN DER WIRTSCHAFT

– Zuwanderung: Regeln moderner als Verwaltung 4
– Nachhaltige Unternehmensführung 4
– HOAI-Novellierung 5
– Baugenehmigungen: Der Trend hält an 6
– Stromversorgung steht vor einer Belastungsprobe 7
– Energie als Schlüsselthema für die Wirtschaft 8

INGENIEURE IN DER GESELLSCHAFT

– Auf Abruf: Satellitendaten für Notfallmanagement 9
– Nie mehr Stress bei der Parkplatzsuche 10
– Kläranlagen als Energiespeicher 11

INGENIEURE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

– Regierung will Beamtenpensionen besserstellen 12
– Bundeslaufbahnverordnung: dbb sieht weiteren Beratungsbedarf 13
– Studie: Tariflöhne zahlen sich aus 13
– Urlaubsabgeltungsanspruch auch für Beamte 14

INGENIEURAUS- UND -WEITERBILDUNG

– Rückgang offener Ingenieurstellen 15
– Mit Bildungsexport „Made in Germany“ nachhaltig gegen Ingenieurmangel 16

BERICHT AUS BRÜSSEL

– Rückhalt für die freien Berufe 17
– „Mittelstandsinitiative Energiewende“ gestartet 17

BERICHT AUS BERLIN

– Freie Berufe als moderner Vertreter einer Sozialen Marktwirtschaft 18
– Wasser- und Schifffahrtsverwaltung: Sand im Getriebe 18

AUS DEN MITGLIEDSVERBÄNDEN

– BDB: Bauen. Umwelt. BDB 20
– BWK: Bundeskongress in Stralsund 20
– hlb: Gesetz zur Professorenbesoldung 20
– LAI: Studienreise nach Masuren 20
– IWSV: SV-Reform 20
– IfKom: Warnung vor Black out 21
– IfKom: „Connecting Europe“ effizient ausgestalten 21
– VDEI: Fachkräfteportal der Bahnbranche online 21
– VDV: Spitzengespräche 22

– Buchbesprechungen 23

Titelbild: Celebrity Reflection – Hideaway.
Bild © MEYER WERFT

57. Jahrgang

Herausgegeben vom Zentralverband der Ingenieurvereine e.V.

Präsidentin:	Dipl.-Ing. (FH) Iris Gleicke, MdB
Vizepräsidenten:	Dipl.-Ing. Wilfried Grunau
	Dipl.-Ing. Claus Hinrichs
	Dipl.-Ing. Manfred Kehr
	Dipl.-Ing. Heinz Leymann
	Dipl.-Ing. (FH) Helmut Zenker
Beirat:	Heidrun Bluhm, MdB
	Dieter Grasedieck, MdB
	Ulrike Höfken
	Anton Kränzle
	Katharina Landgraf, MdB
	Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann, MdB
	Franz Obermeier, MdB
	Johannes Pflug, MdB
Redaktion:	Dipl.-Ing. Wilfried Grunau
	Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
	Telefon: 030 / 34 78 13 16
	Telefax: 030 / 34 78 13 17
	e-mail: info@ZBI-Berlin.de
Bankverbindung:	Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto. 2083 50-506
Druck:	Wienands PrintMedien GmbH, Linzer Straße 140, 53604 Bad Honnef
Redaktionsschluss:	11. Februar 2013
Bezugsgebühr:	Im Verbandsbeitrag enthalten

Gezeichnete Beiträge stellen die Ansicht des Verfassers dar, nicht aber unbedingt die des ZBI oder seiner Mitgliedsverbände.

Mitgliedsverbände:

Ordentliche Mitglieder

BDB-BW	Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure Baden Württemberg
BHGL	Bundesverband Hochschulabsolventen / Ingenieure Gartenbau und Landschaftsarchitektur e.V.
BWK	Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau LV Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein/Hamburg
IfKom	Ingenieure für Kommunikation
IGBI	Verband des Technischen Dienstes der Bundeswehr
IWSV	Ingenieurverband Wasser- und Schiffahrtsverwaltung
LAI	Landesverband der Agraringenieure Niedersachsen
VDEI	Verband Deutscher Eisenbahn-Ingenieure
VDV	Verband Deutscher Vermessungsingenieure
ZVI	Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes

Außerordentliche Mitglieder

BAI	Berufsverband der Architekten und Ingenieure in Augsburg
ETV	Elektrotechnische Vereinigung der Fachhochschule Köln
hlb	Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung
IVD	Ingenieurvereinigung Darmstadt
LMV	Landes-Mittelbau-Vereinigung NRW
TCV	Technischer Cartell-Verband

Fördernde Mitglieder

Lenné-Akademie für Gartenbau und Gartenkultur
PASA Bau-Gesellschaft mbH, 48253 Greven
TKG – TK-Gemeinschaft, unabhängige Versichertengemeinschaft der Techniker Krankenkasse e.V., 63019 Offenbach am Main

ISSN 0177 - 1698

Ingenieurinnen und Ingenieure braucht das Land!

Von Iris Gleicke, MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise ist das genaue Ausmaß der Verwerfungen in der Eurozone immer noch nicht zu übersehen. Wir leben in einer Zeit, in der uns eine fehlende soziale Balance und die Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit der Exzesse auf den Finanzmärkten immer wieder vor Augen geführt werden.

Das Jahr 2013 wird auf vielen politischen und gesellschaftlichen Ebenen bedeutsam. Klar ist: Ingenieurtechnischer Sachverstand bleibt gefragt wie nie! Politische Großprojekte wie der neue Berliner Flughafen, die Elbphilharmonie in Hamburg, der Nürburgring und Stuttgart 21 bleiben weiter aktuell. Wie man mit den großen Herausforderungen umgeht, ist teilweise nur im Ansatz zu erkennen. Der Grund für viele Fehler liegt in der Entkopplung der planenden Verwaltung und der Leistungserbringer. Fast alle Stellen der Politik und Verwaltung erblinden zunehmend auf dem ingenieurtechnischen Auge. Ökonomen und Juristen alleine können keine Gebäude, Straßen, Müllbeseitigungsanlagen und andere Projekte der öffentlichen Daseinsvorsorge errichten. Wir Ingenieur/-innen können selbstbewusst auf unser Können aufmerksam machen, damit der Infrastrukturausbau, die Energiewende, der Breitbandausbau oder eben der Brandschutz in einem Flughafengebäude eben auch gelingen. Mit dem ZBI haben wir einen aktiven, schlagkräftigen Verband, in dem wir unseren Fachverstand bündeln.

Konkret bedeutet das z.B., dass Ingenieur/-innen in Forschung und Wissenschaft sowie in der Praxis einen Beitrag zu einer nachhaltigen, sicheren und sozial und ökologisch gerechten Energiewende leisten können. Die Bundesregierung müsste mit einem guten Konzept die Energieforschung mehr fördern. Die Mittel für die mittlerweile überholte Atomforschung sind umzuschichten. Die Forschungsprogramme für erneuerbare Energien, Strom- und Wärmespeicherung sowie intelligente Stromnetze sind auszubauen. Auch die Forschungsmittel für die Effizienzverbesserung energieintensiver Prozesse müssen aufgestockt werden, ebenso wie die Verbraucherforschung und die Erforschung der sozialen Dimension der Energiewende. Auch in anderen Bereichen gibt es für uns viel zu tun!

Iris Gleicke ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2002 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und von 2002 bis 2005 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Seit November 2005 ist Iris Gleicke Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. Im April 2006 wurde sie zur ehrenamtlichen Präsidentin des ZBI gewählt.

In aller Munde ist das Thema „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt", in das sich die Ingenieur/-innen einbringen müssen. In der letzten Zeit ist in den Städten oft die Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit auf der Strecke geblieben.

Es sollte ein Anliegen aller sein, dass Menschen aufgrund steigender Mieten nicht aus ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden. Gute und sparsame Wohnungen dürfen nicht zu einem Luxusgut werden, sondern erschwinglich bleiben. In der Städtebauförderung muss das Programm „Soziale Stadt" wieder aufgestockt werden. Insbesondere bei energetischen Sanierungen muss sichergestellt werden, dass nur effiziente Maßnahmen umgesetzt werden, die wirklich Energie sparen. Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Stadt. Dort gilt es, Zusammenhalt, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen, um demokratisches Bewusstsein zu stärken.

Für die Diskussion zu all den Themen brauchen wir Sie, die Ingenieur/-innen in allen Branchen. Mit einem optimistischen Ausblick und mit herzlichen Dank für die ehrenamtliche Arbeit wünsche ich Ihnen allen ein gutes Jahr 2013.

Iris Gleicke
Präsidentin des ZBI

powered by engineers: www.ZBI-Berlin.de

Zuwanderung: Die Regeln sind moderner als die Verwaltung

OECD kritisiert fehlende Infrastruktur deutscher Behörden

Das deutsche Zuwanderungssystem ist laut einer neuen OECD-Studie eines der offensten unter den Industrieländern. Dennoch kommen qualifizierte ausländische Arbeitskräfte nur zögerlich nach Deutschland.

Von Ländern außerhalb Europas kommen jährlich rund 25.000 Zuwanderer für eine dauerhafte Beschäftigung nach Deutschland. Dänemark, Großbritannien und Italien ziehen bezogen auf ihre Bevölkerungszahl fünf- bis zehnmal so viele Zuwanderer an, bescheinigt eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Allerdings hat die OECD nur den Zeitraum bis 2010 untersucht. Im Jahr 2011 stieg die Zahl der nach Deutschland zugewanderten Arbeitskräfte immerhin auf rund 36.000 Zuwanderer. Auch die im August 2012 eingeführte „Blue Card" entfaltet bereits ihre Wirkung. Bis heute haben 2.500 Hochqualifizierte eine Aufenthaltserlaubnis über dieses neue Instrument erhalten. Nunmehr müssen ausländische Akademiker nur noch ein Jahresgehalt von 46.400 Euro nachweisen – in Mangelberufen in Höhe von 36.200 Euro. Zuvor hatte die Schwelle bei 66.000 Euro gelegen.

Trotz dieser Erleichterungen wird Deutschland noch immer als schwer zugänglich wahrgenommen. Potenzielle Zuwanderer klagen über die langwierigen Verwaltungsvorgänge. Zwar erteilen deutsche Behörden relativ schnell eine Arbeitserlaubnis – aber nur, wenn die Zuwanderer aus der EU kommen oder in einem Mangelberuf wie Ingenieur und Arzt arbeiten wollen. Ansonsten müssen die Ämter prüfen, ob die Stelle nicht mit einem Bewerber aus Deutschland besetzt werden kann. In diesem Fall liegt die Bearbeitungszeit über dem OECD-Durchschnitt.

Die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels 2011 hat den Verwaltungsprozess nochmals verzögert. Seitdem erhalten Zuwanderer einen zusätzlichen Ausweis und nicht länger einen Hinweis in ihrem Reisepass. Die Ausstellung kann einige Zeit dauern, denn die neuen biometrischen Ausweise werden nur in Berlin hergestellt. Die OECD kritisiert deshalb zu Recht, dass die Arbeitsweise der deutschen Behörden nicht an die neuen Zuwanderungsregeln angepasst worden ist.

Auch gibt es noch immer keine Möglichkeit, die Aufenthaltsgenehmigung im Internet zu beantragen. Aus Sicht der OECD wäre das System transparenter, wenn die Kandidaten Anträge online stellen und ihren Status verfolgen könnten. Es fehlt in Deutschland also an einer modernen Infrastruktur, um die durchaus fortschrittlichen Zuwanderungsregeln effizient umzusetzen.

(iw)

Nachhaltige Unternehmensführung: Sachverständige fordern Anerkennung und Bürokratieabbau

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat am 30. Januar 2013 eine Öffentliche Anhörung zum Thema „Nachhaltige Unternehmensführung im Mittelstand" mit fünf Sachverständigen aus verschiedenen Branchen und der Wissenschaft durchgeführt. Die Sachverständigen unterstrichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung für ihre Nachhaltigkeitsbestrebungen. Auch den Abbau der Bürokratie nannten sie als Forderung an die Politik.

Es mehren sich die Nachweise, dass nachhaltig agierende Unternehmen langfristig wirtschaftlich erfolgreicher sind. Die Kunden- und Verbraucherzustimmung und auch das Engagement von Investoren korreliert in steigendem Maße mit dem Angebot an nachhaltigen Produkten und Leistungen aus ökologisch einwandfreier Herstellung.

Für die Unternehmen bedeutet dies, Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu übernehmen. Durch standardisierte Zertifizierungsregimxe sowie die freiwillige Selbstverpflichtung im Rahmen von Corporate Social Responsibility-Programmen (CSR) lässt sich die Einhaltung nachhaltiger Unternehmensgrundsätze verfolgen.

Gerade für junge Unternehmen geht es neben dem ökonomischen Erfolg verstärkt um den effizienten und schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, ebenso wie um die soziale und ethische Verpflichtung gegenüber Mitarbeitern: Gute Arbeitsbedingungen, soziales Engagement in der Gesellschaft und die Übernahme von Verantwortung gegenüber künftigen Generationen stehen dabei im Vordergrund.

(Deutscher Bundestag)

HOAI-Novellierung

Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz ist ein wichtiges Signal an das BMWi

Die traditionelle AHO-Herbsttagung fand am 11.12.2012 vor mehr als 200 Gästen im Ludwig Erhard Haus Berlin unter dem Eindruck des aktuellen Beschlusses der Wirtschaftsministerkonferenz zur Reform der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) statt. Der Generalsekretär der FDP Patrick Döring wertete den Beschluss als wichtiges Signal an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und unterstrich das gemeinsame Ziel, die Reform der HOAI in dieser Legislaturperiode bis 2013 zu einem guten Abschluss zu bringen. Nachdem bereits die Bauministerkonferenz einstimmig die Unterstützung der HOAI-Reform bekräftigt und die Rückführung der Leistungen für Umweltverträglichkeitsstudie, Thermische Bauphysik, Schallschutz und Raumakustik, Bodenmechanik, Erd- und Grundbau sowie Vermessungstechnische Leistungen in den verbindlichen Teil der HOAI gefordert hat, haben die Wirtschaftsminister der Länder in ihrer Sitzung am 3.12.2012 in Kiel dieses Ziel nachdrücklich in einem ebenfalls einstimmigen Beschluss bekräftigt.

Der AHO-Vorstandsvorsitzende Ernst Ebert forderte erneut eine schnellstmögliche politische Grundsatzentscheidung in dieser für den AHO zentralen Frage. Die fachlichen Voraussetzungen zur Rückführung der genannten Planungsleistungen in den verbindlichen Teil der HOAI habe der AHO mit zwei wissenschaftlichen Gutachten geliefert, betonte Ebert und verwies auf die flankierend vorliegende politische Rückendeckung durch die Bundesländer. Er mahnte zugleich die Ein haltung des bereits modifizierten Zeitplanes zur Umsetzung der HOAI-Reform bis 2013 an.

Der zuständige Referatsleiter im BMWi Dr. Thomas Solbach unterstrich das gemeinsame Ziel, mit der Umsetzung der HOAI in dieser Legislaturperiode einen Interessenausgleich aller am Planungsprozess Beteiligten sicherzustellen. Er berichtete, dass das ca. 2000 Seiten umfassende Gutachten zur Honorarstruktur seinem Haus aktuell vorgelegt wurde und derzeit geprüft werde. Im Hinblick auf die Frage der Rückführung von Planungsleistungen in den verbindlichen Teil der HOAI bat er um Verständnis, dass diese Entscheidung im Gesamtkontext der HOAI unter Einbindung des Berufsstandes der Ingenieure und Architekten getroffen werde.

Die Teilnehmer der hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion „Praxiserfahrungen nach 3 Jahren HOAI 2009“ unter der Moderation von Lutz Heese kamen darüber hinaus zu der Einschätzung, dass sich die Regelung der HOAI 2009 zum Planen im Bestand mit einem Umbauzuschlag bis 80 Prozent nicht bewährt hat. In der Praxis habe sich gezeigt, dass Umbauzuschläge allenfalls bis 40 Prozent Akzeptanz finden. Angesichts zunehmender Planungsaufgaben im Bestand müsse auch der Wert der mitzuverarbeitenden vorhandenen Bausubstanz bei den anrechenbaren Kosten angemessen wieder berücksichtigt werden, so die übereinstimmende Auffassung der Experten. Reformbedarf wurde zudem im Bereich der Allgemeinen Vorschriften und des Kostenberechnungsmodells identifiziert.

Dass eine wirtschaftliche Anpassung der HOAI-Honorartafeln dringend erforderlich ist, hat der AHO-Bürokostenvergleich 2011 aufgezeigt. Die Honorarsituation der Architektur- und Ingenieurbüros hat sich im Vergleich zum Jahr 2010 zwar leicht verbessert, entspricht aber noch nicht dem wirtschaftlich Erforderlichen. Die Bürostundensätze sind weiterhin auf niedrigem Niveau. Immer noch ein Drittel der Büros, darunter vorwiegend kleinere, schreiben rote Zahlen. Damit sind am Bau tätige Ingenieure trotz stets steigender Anforderungen nach wie vor das Schlusslicht im Gehaltsvergleich der Ingenieurberufe, konstatierte Ebert und bekräftigte die Notwendigkeit einer deutlichen Anhebung der Tafelwerte im Zuge der HOAI-Novellierung. Andernfalls werde sich der Exodus von am Bau tätigen Ingenieuren in die Industrie weiter verstärken.

(AHO)

Zentralverband der Ingenieurvereine zbi

Wir vertreten Ihre Interessen:

- **Berufsausübung**
- **Öffentliche Verwaltung**
- **Industrie und Wirtschaft**
- **Freie Berufe**
- **Ingenieurausbildung**
- **Fort- und Weiterbildung**
- **Internationale Zusammenarbeit**
- **Öffentlichkeitsarbeit**

ZBI · Alte Jakobstr. 149 · 10969 Berlin
Tel.: 030-34781316
Fax: 030-34781317
E-Mail: info@zbi-berlin.de
Internet: www.zbi.berlin.de

Baugenehmigungen: Der Trend hält an

Die Baugenehmigungen setzen ihren positiven Trend fort: Im Zeitraum von Januar bis September 2012 wurden in Deutschland 160.000 neue Wohn- und Nichtwohngebäude genehmigt. Der größte Teil mit 157.000 entfiel davon auf genehmigte Wohnungen in Wohngebäuden. Dies entspricht einem Plus von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum

Der weiterhin positive Trend bei den Baugenehmigungen spricht dafür, dass die derzeitige Anspannung auf den Wohnungsmärkten, vor allem in den Großstädten, wieder abgebaut wird. Nach den meisten Prognosen werden bis zum Jahr 2025 jährlich 180.000 bis 200.000 neue Wohnungen in Deutschland benötigt. Dieser Wert wurde erstmals im Jahr 2011 wieder erreicht.

Doch neue Wohnungen beziehungsweise steigende Baugenehmigungen lösen das Problem nicht selbstverständlich, denn die entscheidende Frage ist, ob die Genehmigungen und damit das zukünftige Angebot und die Bedürfnisse der Nachfrager zusammenpassen, sowohl räumlich als auch qualitativ. Gerade in letzter Zeit wird immer häufiger kritisiert, dass vermeintlich nur im hochpreisigen Segment gebaut wird. Zwar werden damit tendenziell auch günstigere Wohnungen frei, weil die Haushalte umziehen, aber dieser so genannte Filtering-Prozess braucht Zeit. Hinzu kommt, dass die meisten Neubauten von zugewanderten Haushalten gekauft oder gemietet werden.

Betrachtet man die Baugenehmigungen genauer, so ist zunächst der Anstieg bei den Genehmigungen für Mehrfamilienhäuser mit einem Zuwachs von 14 Prozent besonders auffällig; 69.000 neue Wohnungen wurden in diesem Segment genehmigt. Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser gingen dagegen um rund 3 Prozent zurück. Somit scheint das Angebot auf den starken Anstieg der Wohnungsnachfrage in den Ballungszentren zu reagieren.

Zur Klärung der Frage, ob sich das neu geschaffene Angebot hauptsächlich im Hochpreissegment befindet, hilft ein Vergleich der Entwicklung der veranschlagten Baukosten von Mehrfamilienhäusern je Quadratmeter mit der Entwicklung des allgemeinen Preisindex für Baukosten von Wohngebäuden. Wenn die Baukosten stärker steigen als der allgemeine Preisindex, wäre das ein Anzeichen dafür, dass sich die neuen Baugenehmigungen besonders im hochwertigen und hochpreisigen Segment befinden, denn die Preissteigerungen können dann nicht mit dem allgemeinen Preisanstieg für Material und Löhne oder den gestiegenen energetischen Anforderungen gerechtfertigt werden.

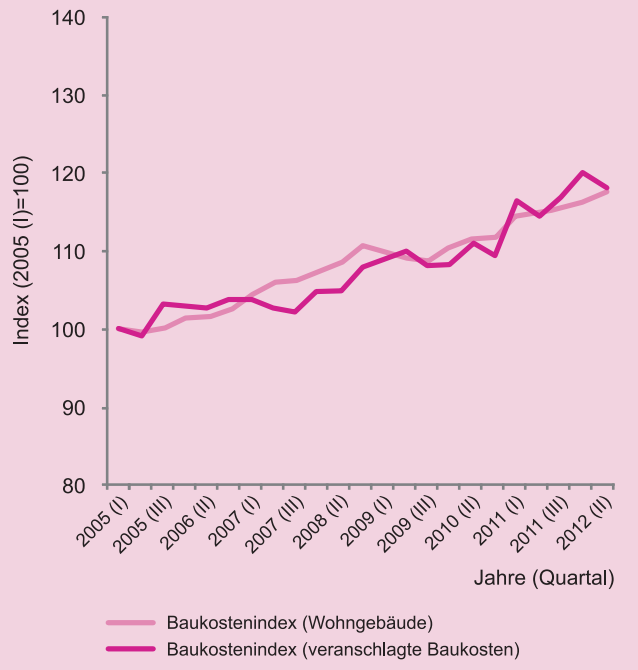
Die Baukosten für die geplanten Mehrfamilienhäuser und der allgemeine Baukostenindex für Wohngebäude laufen im betrachteten Zeitraum jedoch nicht auseinander. Beide Indizes weisen seit dem Jahr 2005 Kostensteigerungen von rund 15 Prozent auf. Zwar stiegen die veranschlagten Kosten gerade im Jahr 2011 an, holten damit aber gerade einmal die allgemein gestiegenen Baukosten wieder ein. Dies deutet darauf hin, dass auch die zukünftigen Mehrfamilienhäuser keine reinen Luxusimmobilien für Spekulationszwecke sein werden.

Wichtig ist darüber hinaus die regionale Verteilung der Baugenehmigungen. Teilt man die Genehmigungen nach Bundesländern auf, so zeigen alle Stadtstaaten bei den Genehmigungen überdurchschnittliche Zuwächse. In Hamburg und Bremen lagen sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei 45 respektive 41 Prozent, aber auch Berlin ist mit 19 Prozent gut vertreten. Über die Genehmigungen hinaus, sind auch die Fertigstellungen in den letzten Jahren gestiegen, gerade in den Städten mit knappem Wohnungsangebot. In Berlin und Hamburg lagen sie Ende 2011 bei rund 3.500 respektive 3.300 Wohnungen. In München stiegen sie sogar von 3.600 auf 5.600 Wohnungen. Auch dies spricht für eine langsame Anpassung des Angebots an die derzeitige hohe Wohnungsnachfrage in den Ballungsgebieten.

(iw Köln)

Baukosten explodieren nicht

Baukostenindex für Wohngebäude und veranschlagte Baukosten (Index: 2005=100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Energiewende: Die Stromversorgung steht vor einer Belastungsprobe

Der jetzt vorgelegte erste Monitoring-Bericht der Bundesregierung und der Energiewende-Radar des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln kommen zum gleichen Ergebnis: Die Energiewende bedeutet für die Stromversorgung in Deutschland eine echte Belastungsprobe. Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien geschieht mit großer Geschwindigkeit, aber die notwendigen Netze werden nicht rechtzeitig fertig.

Die gute Nachricht zuerst: Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt zügig voran. Im zu Ende gehenden Jahr haben Wind, Sonne & Co voraussichtlich bis zu 25 Prozent der Stromversorgung abgedeckt – nach 20 Prozent im Vorjahr. Das Ziel, bis 2020 einen Anteil von 35 Prozent zu erreichen, wird also sehr viel schneller erreicht werden können als ursprünglich geplant.

Die Kosten hierfür sind allerdings erheblich. Im kommenden Jahr müssen die Stromkunden für die Ökostromförderung 5,3 Cent je Kilowattstunde bezahlen. Für einen Haushalt mit einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden sind das inklusive Mehrwertsteuer immerhin gut 220 Euro im Jahr.

Zudem gelingt es bisher nicht in ausreichendem Maße, die für die Energiewende notwendigen Leitungsnetze bereitzustellen. Von den 1.800 Kilometern, die nach dem so genannten Energieleitungsausbaugesetz vorrangig gebaut werden sollen, waren bis Anfang 2012 nur 214 Kilometer fertig und gerade einmal 100 Kilometer in Betrieb. Von insgesamt 24 Projekten liegen nur 9 im Zeitplan, 15 kommen erst mit Verspätung. Und das, obwohl ein Ausbau der erneuerbaren Energien ohne entsprechendes Leitungsnetz nicht sinnvoll ist.

Es ist deshalb verständlich, dass sich Unternehmen mit Blick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Ausstieg aus der Kernenergie und die fehlende Netzinfrastruktur fragen, ob die Stromlieferung wirklich dauerhaft sichergestellt ist. Sie fürchten Unterbrechungen oder einen größeren Blackout.

(iw Köln)

Wir wollen den Menschen des Südens dabei helfen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.
Mit Ihrer Hilfe können wir viel bewegen.

Konto 500 500 500
Postbank Köln
BLZ 370 100 50

Brot für die Welt

www.brot-fuer-die-welt.de

Umweltthemen 2013: Energie als Schlüsselthema für die Wirtschaft

Interesse an den Themen Klimawandel und Klimaschutz wächst

Für die meisten Unternehmen in Deutschland ist Energie das umweltpolitische Schlüsselthema dieses Jahres. Die Bemühungen der Unternehmen um eine weitere Erhöhung der Energieeffizienz, die Entwicklung der Strompreise und die Weichenstellungen in der Energieversorgung geben diesem Thema seine Prominenz.

Für Unternehmen ist es wichtig, Schwankungen im Netz und die Gefahr von Stromunterbrechungen so gering wie möglich zu halten. Wie sehr die Unternehmen auf Strom angewiesen sind, wurde im November den Einwohnern von New York beim Wintersturm Athena nach dem Hurrikan Sandy deutlich vor Augen geführt.

Für die Energieversorgung spielen politische Entscheidungen in Deutschland und auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle. Deutschland wird die Energiewende noch entschlossener angehen müssen, und mit der verabschiedeten EU-Energieeffizienzrichtlinie sind Vorgaben zur Verringerung des Energieverbrauchs um jährlich 1,5 Prozent verknüpft. In Deutschland soll versucht werden, dieses Ziel freiwillig zu erreichen. Zudem wird ein wachsender Anteil von Emissionszertifikaten versteigert.

Dies führt unmittelbar bei Anlagenbetreibern und mittelbar über die Preise für Strom zu einer Erhöhung der Energiekosten. Ebenso preistreibend wirkt für das Gros der Unternehmen und für alle privaten Haushalte die deutlich gestiegene Umlage aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Nicht zuletzt wird die Bundestagswahl Einfluss darauf haben, wie in Zukunft die Förderung der erneuerbaren Energien ausgestaltet sein wird.

Die herausragende Rolle des Energiethemas für die Wirtschaft ergibt sich aus der ersten Befragung des IW-Umweltexpertenpanels in diesem Jahr. An der aktuellen Befragungswelle beteiligten sich 184 Umweltexperten der Wirtschaft, davon 109 aus Unternehmen und 65 aus Wirtschaftsvereinigungen.

Gegenüber den Befragungen in vergangenen Jahren wurden die vorgegebenen Themen in dieser Befragungswelle stellenweise verändert. Dennoch ist zu erkennen, dass die Klimapolitik als eigenes Thema deutlich hinter die Energiefragen zurücktritt. Indirekt ist es jedoch von hoher Bedeutung, denn der Emissionshandel, die Förderung erneuerbarer Energien und damit auch wesentliche Komponenten der Energiepreise gehen auf Gesetze zum Klimaschutz zurück. In den kommenden Jahren ist wieder ein stärkeres Interesse an den Themen Klimawandel und Klimaschutz zu erwarten.

Auch die offenen Antworten beziehen sich zu einem großen Teil auf die Energieversorgung in den Zeiten der Energiewende. Energiethemen sind für die meisten Branchen des Produzierenden Gewerbes, aber auch für die Landwirtschaft, für den Bergbau und für Finanzdienstleister prioritär. An eine Anpassung an erwartete Klimaveränderungen denkt man in der Nahrungsmittelindustrie, aber auch in der Feinmechanik, welche für Schutz- und Anpassungsmaßnahmen benötigte Mess- und Steuerungsinstrumente herstellt.

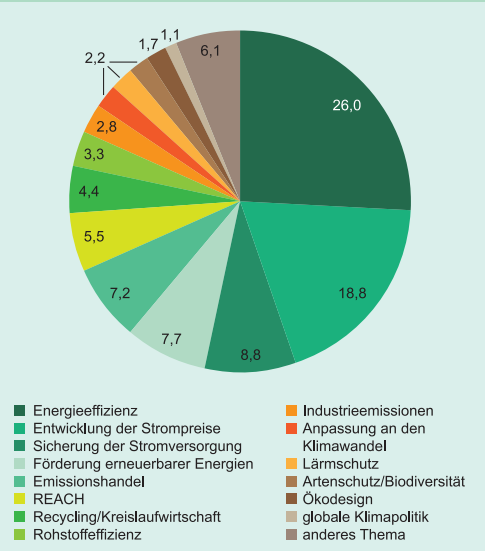
Im Schatten des Energiethemas haben materialbezogene Themen in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen. Dies bezieht sich etwas stärker auf die Kreislaufwirtschaft als auf die Rohstoffeffizienz. Die Kreislaufwirtschaft berührt die meisten Industriebranchen. Im Handel spielt dagegen derzeit die Rohstoffeffizienz eine hervorgehobene Rolle. Bedeutsam sind aber auch regulatorische Maßnahmen, darunter die geplante Ersatzbaustoffverordnung, bei der umstritten ist, ob Produktionsrückstände, die in anderen Unternehmen weiter verarbeitet werden, gesetzlich wie Abfall behandelt werden.

Für betroffene Unternehmen vor allem der chemischen Industrie ist die EU-Chemikalienverordnung REACH noch immer ein großes Thema, da die Registrierung für Stoffe mit einem Herstellungsvolumen zwischen 100 und 1.000 Jahrestonnen gegenwärtig läuft. Dennoch wurde sie vielerorts von den Energiethemen verdrängt.

Themen wie der Lärmschutz, die Ökodesign-Richtlinie, Industrieemissionen und Luftreinhaltung sowie die Biodiversität sind nur für eine geringe Zahl von Unternehmen und Branchen von Bedeutung. Sie zeigen jedoch, wie vielfältig die Wirtschaft mit Umweltfragen konfrontiert ist.

(iw Köln)

Die wichtigsten Umweltthemen aus Sicht der Wirtschaft 2013
Angaben in Prozent



Quelle: IW-Umweltexpertenpanel 1/2013
Befragung von 184 Umweltexperten der Wirtschaft im Januar 2013

Auf Abruf: Satellitendaten für Notfallmanagement

Von der Forschung in den Regelbetrieb – Das Zentrum für Satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) steht ab sofort im operativen Dienst. Zu den Aufgaben der seit 2004 etablierten Service-Einrichtung gehört die Bereitstellung von hochaktuellen Satellitenbildkarten bei Natur- und Umweltkatastrophen, für humanitäre Hilfsaktivitäten und die zivile Sicherheit weltweit. Am 22. Januar 2013 gaben das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Bundesministerium des Innern (BMI) den offiziellen Startschuss für die Kooperation zum Regelbetrieb des ZKI.

„Zivile Erdbeobachtungssatelliten, wie unsere Radarsatelliten TerraSAR-X und TanDEM-X liefern kontinuierlich Daten in einer Qualität, die ganz neue Anwendungen ermöglicht. So lassen sich Ölfilme auf dem Meer, Überflutungsflächen, Hangrutschungen und Gebäudeschäden aus dem All kartieren. Das ZKI erschließt diese Fähigkeiten für Einrichtungen, wie etwa das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das Technische Hilfswerk und das Deutsche Rote Kreuz“, so Prof. Dr. Johann-Dietrich Wörner, Vorstandsvorsitzender des DLR.

Das ZKI deckt damit langfristig den steigenden Bedarf an aktuellen Geoinformationen in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Notfallmanagement. Die dabei erstellten Satellitenbildkarten werden der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht.

Erste Kartierung: Flüchtlingscamp in Jordanien

„Satellitengestützte Karten können Risikoquellen aufzeigen, logistische Planungen vereinfachen und so schnelle Reaktionen der Helfer ermöglichen. Eine passgenaue Planung ist lebenswichtig für die betroffene Bevölkerung, denn im Krisenfall ist Zeit das wichtigste Gut. Durch die Kooperation mit dem ZKI wollen wir für unsere Einsatzkräfte Zeit gewinnen und eine moderne und leistungsfähige Einsatzplanung unterstützen“, sagt BMI-Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe.

Die erste Anfrage im Rahmen des Kooperationsvertrags hat das ZKI bereits umgesetzt: Aufgrund der anhaltenden Konflikte in Syrien, sind im jordanischen Flüchtlingslager Al Zaatari bereits über 40.000 Flüchtlinge angekommen und täglich werden es mehr.

Starke Regenfälle führten Anfang Januar zu Überflutungen und Zerstörungen im Camp. Zur genauen Situationserfassung erstellte das ZKI, im Auftrag des Technischen Hilfswerks, umgehend Schadensanalysen und Satellitenbildkarten – für eine optimale Koordinierung der Notfalleinsatzkräfte.

Neueste Entwicklungen aus der Forschung

„Das ZKI ist ein Service des Deutschen Fernerkundungsdatenzentrums im DLR. Als einzige Einrichtung in Deutschland können wir Erdbeobachtungsdaten verschiedenster Herkunft empfangen und unmittelbar zu Datenprodukten veredeln. Das spart wertvolle Zeit. Durch die Einbettung des ZKI in unser Forschungsumfeld bringen wir darüber hinaus die neuesten Entwicklungen direkt in die Anwendung“, erklärt Prof. Dr. Stefan Dech, Direktor des Deutschen Fernerkundungsdatenzentrums (DFD) und Sprecher des DLR-Erdbeobachtungszentrums, zu dem neben dem DFD auch das Institut für Methodik der Fernerkundung gehört.

Im ZKI stehen Mitarbeiter rund um die Uhr für die Beschaffung, Aufbereitung und Analyse von Satellitendaten bereit – nicht nur zur Unterstützung des Notfallmanagements nach zivilen Krisen, sondern auch für die Vorsorge und die Nachbereitung von Krisenereignissen sowie zur Unterstützung öffentlicher Verwaltungsaufgaben, etwa der Vorbereitung von Großereignissen. Zudem bietet das ZKI Schulungen an und entwickelt auf die Anwender zugeschnittene fernerkundungsbasierte Dienstleistungen.

Nutzer aus dem aktuellen Rahmenvertrag sind nationale politische Entscheidungsträger, Lagezentren sowie Hilfsorganisationen. Die Kooperation ist auch für die Beteiligung weiterer Organisationen offen. So ist als erste Institution bereits das Deutsche Rote Kreuz beigetreten.

(DLR)

Das Zentrum für Satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) ist ein Service des Deutschen Fernerkundungsdatenzentrums (DFD) im DLR Earth Observation Center (EOC) im DLR. Das DLR stellt einen rund um die Uhr Service für die Beschaffung, Aufbereitung und Analyse von Satellitendaten zur Verfügung. Quelle: DLR (CC-BY 3.0).

Nie mehr Stress bei der Parkplatzsuche

LR setzt weiteren Meilenstein im Großprojekt AIM

Die Parkplatzsuche zehrt an den Nerven der Autofahrer. Wie schön wäre es, wenn das Auto beispielsweise am Bahnhof selbst seinen Parkplatz sucht, während wir schon in unseren Zug steigen? Damit dies Wirklichkeit werden kann, testen Verkehrsforscher beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Braunschweig die hochautomatisierte Parkplatzsuche. Das DLR setzt damit einen weiteren Meilenstein bei der Inbetriebnahme der Anwendungsplattform Intelligente Mobilität (AIM).

Das Auto mit dem Smartphone rufen

Das sogenannte „Valet-Parking" ist zurzeit das Topthema auf den Automessen der Welt. Es soll dem Autofahrer in Zukunft ermöglichen, komplett auf die lästige Parkplatzsuche zu verzichten – dank Smartphone und hochentwickelter Technik. Möglich ist diese Technologie bisher nur in privatisierten Parkhäusern. Auf einem von der Deutschen Bahn zur Verfügung gestellten Parkplatz am Braunschweiger Hauptbahnhof testet das DLR ein solches Szenario derzeit für den öffentlichen Straßenverkehr. Parken könnte dann in Zukunft so aussehen: Der Reisende fährt mit seinem Auto zum Hauptbahnhof, stellt es in der Nähe des Eingangs ab und geht zum Bahnsteig. Währenddessen fährt das Fahrzeug automatisch zu einem freien Stellplatz und parkt dort selbstständig ein. Der Reisende muss sich um nichts mehr kümmern und kann seine Bahnreise starten. Nach Rückkehr von der Reise ruft er sein Fahrzeug per Smartphone zum Eingang des Hauptbahnhofs und fährt los.

Parken von morgen mit der Technologie von heute

Möglich macht dieses Zukunftsszenario Technik von heute: Das Versuchsfahrzeug FASCar I des DLR-Instituts für Verkehrssystemtechnik ist mit Sensorik, einer besonderen Antriebstechnik sowie leistungsfähiger Rechenhardware ausgestattet. Dadurch kann sich das FASCar I autonom – ohne Fahrer am Steuer – fortbewegen. Eine HD-Kamera, die auf dem Parkplatz installiert ist erfasst freie Stellplätze. In Verknüpfung mit einem Parkraummanagementsystem kann dem Fahrzeug so per Funk ein Parkplatz zugewiesen werden, der den Bedürfnissen des Fahrers und des Fahrzeugs entspricht. Per Knopfdruck auf das Smartphone bestätigt der Reisende den Vorschlag des Systems und das Auto fährt automatisch zu dem zugewiesenen Parkplatz. Mittels Smartphone weiß der Reisende jederzeit, wo sich sein Fahrzeug befindet und kann es zur Bereitstellungsposition rufen. „Das Valet-Parking bietet viele Vorteile: der allgemeine Parkraum kann besser bewirtschaftet werden, indem beispielsweise eine Mehrfachbelegung von Parkplätzen durch schiefes Einparken verhindert wird", sagt Prof. Dr. Karsten Lemmer vom DLR-Institut für Verkehrssystemtechnik.

Mittels Smartphone kann der Fahrer das Auto zum dem freien Stellplatz schicken. Quelle: DLR (CC-BY 3.0).

Valet-Parking – Zeitersparnis und mehr Komfort

Das DLR forscht in mehreren Projekten an teilautomatisiertem Fahren. Mit Valet-Parking, als einem Teilaspekt daraus, trägt das DLR zu mehr Effizienz im Straßenverkehr und einem hohen Komfortgewinn und einer großen Zeitersparnis für den einzelnen bei. Im Rahmen der Anwendungsplattform Intelligente Mobilität (AIM) erprobt das DLR bereits ähnliche Szenarien – wie beispielsweise die Kommunikation zwischen Kreuzungen und Fahrzeugen – im öffentlichen Verkehr in der Stadt Braunschweig. Mit Valet-Parking beschreitet das Institut für Verkehrssystemtechnik nun einen weiteren Meilenstein in AIM: „Mit den Testfahrten auf dem Parkplatz Nord entwickeln wir eine weitere Anwendung des hochautomatisierten Fahrens im öffentlichen Bereich", sagt Prof. Dr. Karsten Lemmer. „Wir verbinden damit Infrastruktur und Individualverkehr mit modernen Kommunikationstechnologien wie dem Smartphone."

Um seine Sicherheit braucht auf dem Parkplatz des Braunschweiger Hauptbahnhofs niemand fürchten: Es sitzt immer ein Sicherheitsfahrer im Auto, der im Zweifel eingreifen und das Auto manuell steuern kann.

(DLR)

Kläranlagen als Energiespeicher

Hochschule erforscht die Nutzung von Kläranlagen als Energiespeicher

Die Hochschule Emden/Leer erforscht die Nutzung von Kläranlagen als Energiespeicher. Mit Unterstützung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, der Stadtwerke Emden (SWE) und anderer regionaler Partner will die Hochschule das innovative Projekt auf den Weg bringen. Dabei soll im Rahmen der Energiegewinnung durch das „Power to gas"-Prinzip, also der Umwandlung überschüssiger Windenergie in speicherbares Erdgas, das im Faulturm eines Klärwerks anfallende Kohlendioxid genutzt werden. Insgesamt stehen dafür Mittel in Höhe von fast 200.000 Euro zur Verfügung. Überschüssige Windenergie soll zur Wasserelektrolyse genutzt werden, um Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zu spalten.

Projekt geht über Power-to-gas-Ansatz hinaus

Da Strom aus Windkraft nur bedingt verfügbar ist, werden neue Wege gesucht, Energie zu speichern. Einer davon geht mit der Umwandlung von Windstrom in Erdgas einher. Dabei wird die überschüssige Energie genutzt, um Wasserelektrolyse zu betreiben, also Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zu spalten. Der Wasserstoff wird dann im nächsten Schritt durch die Zugabe von Kohlendioxid aus dem Emder Klärwerk in Methan, also künstliches Erdgas, umgewandelt. Im Gegensatz zur Windenergie ist das Methan speicherbar und die Speicherkapazitäten für Erdgas sind nach Ansicht der Hochschule hierzulande groß. „Mit diesem Projekt gehen wir über ‚Power-to-gas' hinaus", sagt Prof. Dr. Sven Steinigeweg vom Emder Institut für Umwelttechnik (EUTEC) an der Hochschule Emden/Leer. Da das Faulgas neben Kohlendioxid auch selbst Methan enthalte, könne eine noch größere Energieeffizienz erzielt werden. In der Vergangenheit hatte Prof. Dr. Steinigeweg sich bereits mit dem energieeffizienten Betrieb von Kläranlagen befasst.

Weiterhin soll untersucht werden, wie sich der sichere Betrieb der Kläranlage an die Verfügbarkeit von Windstrom anpassen lässt. Es wird beispielsweise getestet, ob energieintensive Schritte in Zeiten hohen Stromangebots durchgeführt werden können. Als nächstes will die Hochschule einen Ingenieur beauftragen, sich zwei Jahre lang mit dem Projekt zu befassen.

Ministerium und EFRE tragen Großteil der Kosten

„Wir sind froh, durch unsere Projektpartner eine so große Unterstützung zu erfahren", so Steinigeweg. Die Projektkosten von insgesamt rund 185.000 Euro werden zu einem Großteil (125.000 Euro) vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die Differenz teilen sich die Projektpartner. Neben den Stadtwerken und dem Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden (BEE) sind das die Gesellschaft für Abwasserberatung in Langenhagen, die Firma Ibis Umwelttechnik in Riepe und das Unternehmen Thalen Consult aus Neuenburg.

(HS Emden/Leer)

Kläranlage in Emden-Larrelt. Hier soll das von Prof. Dr. Steinigeweg geleitete Projekt installiert werden. *Foto: Hochschule Emden/Leer*

powered by engineers: www.ZBI-Berlin.de

Regierung will Beamte bei Pensionen besserstellen

Ein Kommentar von Ulrich Niepmann

Wenn Beamte aus dem öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft wechseln, müssen sie bei der Pension spürbare Einbußen in Kauf nehmen. Das will die Bundesregierung einem Zeitungsbericht zufolge nun ändern.

So sollen Beamte ihre Pensionsansprüche künftig nicht mehr verlieren, wenn sie aus dem öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft wechseln, wie dies beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Ende Januar berichtete. Auf entsprechende Eckpunkte einer neuen Versorgungsregelung hätten sich Union und FDP jetzt geeinigt. Ziel sei es, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen.

Diese Berichterstattung hat den Vertreter des IGBI im ZBI, Ulrich Niepmann zu nachfolgender Stellungnahme bewogen:

Die FAZ formuliert plakativ eine angebliche Besserstellung der Beamtenpensionen, sie meint eine längst fällige Anpassung des Berufsbeamtentums an den demografischen Wandel der Gesellschaft, die besonders in Deutschland und Europa immer stärker von technischen Neuentwicklungen profitiert und mit ihnen in Wechselwirkung steht.

Dipl.-Ing. Ulrich Niepmann ist Mitglied des Verbandes des Technischen Dienstes der Bundeswehr e.V. (IGBI) sowie Mitglied des ZBI-Hauptvorstandes

Die Notwendigkeit von Mobilität zwischen öffentlichem Dienst, Privatwirtschaft und internationalen Organisationen wurde bereits in vergangenen Legislaturperioden erkannt und in Übereinstimmung mit den Beamtenverbänden in der Präambel zum Entwurf eines künftigen Dienstrechtes eingebaut, dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DNeuG), das in 2009 verabschiedet wurde.

Im Gegensatz zu den Vorgaben wurden im Dienstrechtsneuordnungsgesetz von 2009 und im danach beschlossenen Bundesbeamtengesetz Regelungen erlassen, nach denen die Mobilität zwischen öffentlichem Dienst und internationalen Organisationen in beiden Richtungen verbessert wurde, die Mobilität mit der Privatwirtschaft aber nur in Richtung hin zum öffentlichen Dienst.

Der Arbeitskreis 4, „Öffentlicher Dienst", des ZBI hatte vergeblich versucht, in dem von der 2009 neu gebildeten Regierungskoalition CDU/CSU und FDP dominierten Innenausschuss des Bundestages eine tragfähige Verbesserung gemäß Präambel des DNeuG für den Erhalt der für die Kompetenzfähigkeit erforderlichen und für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes notwendige Mobilität herbeizuführen.

Nachdem dies unter anderem nicht gelungen war, bat der damalige Geschäftsführer des ZBI Dr. Heß den Vertreter des IGBI Herrn Dipl.-Ing. Ulrich Niepmann um einen Artikel zum Beamtenstatus in Hinblick auf die Fortentwicklung des Berufsbeamtentums und den MINT Berufen zu verfassen. In diesem inzwischen fortentwickelten Artikel „Der Beamtenstatus, Grundlage, Fortentwicklung und Zukunft des Berufsbeamtentums" (Download unter www.igbi.de) wird ausführlich begründet auf die Notwendigkeit von Mobilität auch vom öffentlichem Dienst in Richtung Privatwirtschaft hingewiesen, um neben der dienstlichen Attraktivität vor allem die Kompetenzfähigkeit des techni-

Auszug aus der Präambel des DNeuG (Zitat):

A. Problem und Ziel

Die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern sind durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) grundlegend neu geordnet worden. Die durch die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung gewonnenen Gestaltungsspielräume sollen im Bund für eine zukunftsorientierte Anpassung und Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts genutzt werden. Mit dem Ziel, das Berufsbeamtentum an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und dadurch zukunftsfest zu machen, soll auf der Grundlage des Koalitionsvertrages vom 11. November 2005 für den Bund ein modernes transparentes Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht geschaffen werden, das (...)einen flexibleren Personaleinsatz ermöglicht und die Mobilität verbessert,(...)

B. Lösung

Um die Leistungsbezogenheit des Dienstrechts und einen flexibleren Personaleinsatz zu fördern und die Effizienz öffentlichen Handelns zu steigern, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. im Rahmen der Neufassung des Bundesbeamtengesetzes: (...) Förderung der Mobilität zwischen öffentlichem Dienst, Privatwirtschaft und internationalen Organisationen. (...) (Zitatende)

schen Dienstes zu erhalten und zu fördern. Der Artikel wurde auch abgedruckt in den ZBI-Nachrichten 2-3/2012. Aus verschiedenen im Artikel dargelegten Gründen ist eine Mobilität für den öffentlichen Verwaltungsdienst zur Privatwirtschaft kaum von Interesse. Von den nicht technisch orientierten Beamtenverbänden wurde die Mobilität für die Kompetenzfähigkeit des technischen Dienstes nicht mit dem gebotenen Nachdruck verfolgt.

Es ist nun sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung (nun kurz vor der Neuwahl des Bundestages) daran denkt, wesentliche Komponenten der in Baden Württemberg inzwischen erfolgreich geregelten Mobilität auch vom öffentlichem Dienst in Richtung Privatwirtschaft zu übernehmen. Nun ist mit Sorge zu beobachten, ob die bisher vorgesehenen massiven Einschränkungen gegenüber den Regelungen aus Baden Württemberg eingeführt werden, wie dies beispielsweise in einem Artikel von MdB Dr. Stefan Ruppert, FDP in der Zeitschrift „Behördenspiegel" vom Januar 2013 nun bemängelt wird.

Bundeslaufbahnverordnung: dbb sieht weiteren Beratungsbedarf

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, hat am 10. Januar 2013 in Berlin bei einem Beteiligungsgespräch im Bundesinnenministerium zur Ersten Änderungsverordnung zur Bundeslaufbahnverordnung deutlich gemacht, dass der dbb weiteren Beratungsbedarf sieht: „Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass vier Jahre nach der Neufassung der Bundeslaufbahnverordnung notwendige Nachbesserungen auf den Weg gebracht werden. Die mit diesem Entwurf eingebrachte, eigentlich wünschenswerte Flexibilisierung geht aber in Teilen zu weit. Zudem wäre eine großzügiger bemessene Zeitspanne zur Stellungnahme wünschenswert gewesen."
Kritikwürdig, so Benra, sei insbesondere die zu weit gehende Öffnung zur möglichen Durchführung eines verkürzten Vorbereitungsdienstes im gehobenen Dienst sowie die neue Ermächtigungsnorm für die obersten Dienstbehörden zur Schaffung eigener Regelungen für Studiengänge und für den Aufstieg. Diese lehne der dbb aus grundsätzlichen Erwägungen ab, sei dadurch doch eine deutliche Schwächung der internen Ausbildung an der Fachhochschule des Bundes zu befürchten. Diese solle vielmehr erhalten und gestärkt werden. „Wir setzen uns für einheitliche Regelungen auch bezüglich der Aufstiege und der damit verbundenen Studiengänge ein, denn sie bieten Flexibilität für Dienstherrn und Beamte. Eine Aufsplitterung in den einzelnen Ressorts würde diese Flexibilität zunichtemachen und damit die Attraktivität des öffentlichen Dienstes stark einschränken", so Benra weiter. *(dbb)*

Studie: Tariflöhne zahlen sich aus

Die Tariflöhne und -gehälter in Deutschland waren 2012 real um 6,9 Prozent höher als 2000. Real, also nach Abzug aller Preissteigerungen, sind hingegen die durchschnittlichen Bruttolöhne aller Beschäftigten zwischen 2000 und 2012 um rund 1,8 Prozent gesunken.

Das haben neue Berechnungen des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung ergeben. In den vergangenen drei Jahren, in denen die Löhne tatsächlich um 1,2, um 1 und 0,6 Prozent zulegten, konnten die erheblichen Verluste aus den Vorjahren noch nicht ausgeglichen werden. Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Deregulierung am Arbeitsmarkt hatten dazu beigetragen, dass sich die Einkommen der Beschäftigten in den Nullerjahren nur schwach entwickelten. Die Hartz-Reformen verstärkten dann zusätzlich den Druck auf die Verdienste. Die Folge: Der Niedriglohnsektor wuchs. Immerhin wird der Rückstand kleiner: 2009 hatten die realen Bruttolöhne noch um 4,6 Prozent niedriger gelegen als im Jahr 2000.

Zusammenfassend heißt das: Die Bruttoeinkommen, in die unter anderem auch die Löhne der nicht nach Tarif bezahlten Arbeitnehmer/innen einfließen, blieben hinter den Tarifeinkommen zurück. „Das zeigt, dass das Tarifsystem in der vergangenen Dekade mehr denn je das Rückgrat der Lohnentwicklung in Deutschland war", sagt Tarifexperte Reinhard Bispinck, der die Studie am WSI verantwortet. Auswirken konnten sich die Tariflöhne aber auf die nicht-tariflichen Einkommen kaum. Hauptgründe: Die Tarifbindung sank und Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten nutzten tarifliche Öffnungsklauseln.

(ver.di)

Urlaubsabgeltungsanspruch auch für Beamte

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Beamte haben nach den Maßgaben der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) einen Anspruch auf Abgeltung des unionsrechtlich gewährleisteten Mindesturlaubs, den sie krankheitsbedingt bis zum Eintritt in den Ruhestand nicht mehr nehmen konnten. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 31. Januar entschieden und zugleich die Voraussetzungen und Rechtsfolgen dieses Anspruchs konkretisiert.

Der Kläger, ein Polizeibeamter, ist Mitte 2008 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten, nachdem er zuvor ca. ein Jahr lang dienstunfähig erkrankt war. Sein Begehren auf finanzielle Abgeltung des Erholungsurlaubs, des Schwerbehindertenzusatzurlaubs nach § 125 SGB IX und des Arbeitszeitverkürzungstags für die Jahre 2007 und 2008 hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Die Revision des Klägers war teilweise erfolgreich. Das Bundesverwaltungsgericht geht im Anschluss an die Rechtsprechung des EuGH von einem unionsrechtlichen Urlaubsabgeltungsanspruch wegen krankheitsbedingt nicht genommenen Erholungsurlaubs aus.

Dieser Anspruch ergibt sich aus Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung, der sog. Arbeitszeitrichtlinie. Er ist beschränkt auf den nach Art. 7 Abs. 1 dieser Richtlinie gewährleisteten Mindesturlaub von vier Wochen pro Jahr, erfasst also weder einen über 20 Tage im Jahr hinaus reichenden Erholungsurlaub noch Arbeitszeitverkürzungstage oder einen Schwerbehindertenzusatzurlaub nach § 125 SGB IX. Soweit ein Beamter diesen Mindesturlaub wegen Krankheit und anschließenden Ausscheidens aus dem aktiven Dienst nicht nehmen kann, hat er einen Anspruch auf Urlaubsabgeltung, also auf eine finanzielle Vergütung für den nicht genommenen Urlaub.

Allerdings ist der Mindesturlaubsanspruch auch dann erfüllt, wenn der Beamte im fraglichen Jahr zwar seinen ihm für dieses Jahr zustehenden Urlaub nicht hat nehmen können, wohl aber „alten“, nämlich aus dem Vorjahr übertragenen Urlaub. Für das Jahr, in dem der Beamte aus dem aktiven Dienst ausscheidet, stehen ihm der Mindesturlaubsanspruch und der hieran anknüpfende Urlaubsabgeltungsanspruch anteilig für die Zeit bis zum Ausscheiden zu. Urlaubsansprüche aus vorangegangenen Jahren sind nur abzugelten, wenn sie nicht verfallen sind. Ein solcher Verfall tritt jedenfalls 18 Monate nach dem Ende des Urlaubsjahres ein; der Normgeber kann eine kürzere Frist bestimmen, die aber nach der Rechtsprechung des EuGH deutlich länger sein muss als das Urlaubsjahr. Die Höhe der Abgeltung bemisst sich nach dem Durchschnitt der Besoldung der letzten drei Monate vor Eintritt in den Ruhestand, umgerechnet auf die Zahl der nicht genommenen Urlaubstage. Der unionsrechtliche Urlaubsabgeltungsanspruch unterliegt keinem Antragserfordernis und verjährt in der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren, beginnend mit dem Ende des Jahres, in dem der Beamte in den Ruhestand tritt.

(BVerwG 2 C 10.12)

☎ Ihr direkter Draht ...

zum ZBI-Hauptstadtbüro:

Tel.: 030/34781-316 · E-Mail: info@zbi-berlin.de

Ingenieurmonitor: Rückgang offener Ingenieurstellen

Nachfrage auch weiterhin auf hohem Niveau

Im Dezember 2012 waren insgesamt 71.900 offene Stellen in Ingenieurberufen zu besetzen. Damit ist im Vergleich zum Vormonat ein Rückgang um 4.700 Stellen (6,1 Prozent) zu verzeichnen. In mehr als der Hälfte der Fälle wurden Bewerber mit den Schwerpunkten Maschinen- und Fahrzeugtechnik (21.700) und Energie- und Elektrotechnik (16.600) gesucht. Dem gegenüber standen 24.115 Arbeitslose in Ingenieurberufen.

Am häufigsten waren bei den arbeitslosen Ingenieuren die Schwerpunkte Bau, Vermessung, Gebäudetechnik und Architektur (7.875) sowie Technische Forschung und Produktionssteuerung (6.567). Im Schnitt aller Ingenieurberufe kamen im Dezember 2012 auf einen Arbeitslosen 3,0 offene Stellen. Dabei lag die Zahl der offenen Stellen in fast allen Ingenieurberufen weiterhin deutlich höher als die Arbeitslosenzahl. Ein besonders großer Engpass herrschte mit 6,6 offenen Stellen je Arbeitslosen bei Ingenieurberufen mit Schwerpunkt Maschinen- und Fahrzeugtechnik.

„Im Dezember sind die offenen Stellen stärker gesunken als saisonal üblich. Die momentane Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung hat damit auch die Ingenieurberufe erreicht“, kommentiert IW-Geschäftsführer Hans-Peter Klös die Daten des neuen VDI-/IW-Ingenieurmonitor. „Obwohl sich die Lage am Ingenieurarbeitsmarkt deutlich entspannt hat, herrschen noch immer spürbare Engpässe. Auf absehbare Zeit werden deutsche Unternehmen auch weiterhin Probleme bei der Rekrutierung von Ingenieuren haben“, so VDI-Direktor Dr. Willi Fuchs.

Als Ausgangspunkt für die Berechnung der Arbeitskräftenachfrage in den Ingenieurberufen dienen die der BA gemeldeten offenen Stellen. Eine repräsentative Umfrage bei etwa 1.500 Unternehmen, die Ingenieure beschäftigen, hat gezeigt, dass aktuell knapp jede fünfte offene Ingenieurstelle von den Arbeitgebern an die BA gemeldet wird.

Die Knappheitssituation am Arbeitsmarkt in Ingenieurberufen lässt sich anhand einer Gegenüberstellung von offenen Stellen und arbeitslos gemeldeten Personen ermitteln. Um diese zu quantifizieren, werden die monatlich veröffentlichen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu gemeldeten offene Stellen und Arbeitslosen in Ingenieurberufen verwendet. Dabei können auf Basis der neuen Klassifikation der Berufe 2010 acht Ingenieurberufskategorien unterschieden werden.

Im Laufe des Jahres 2012 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Statistik zu Arbeitslosen und offenen Stellen auf die neue Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) umgestellt. Da sich im Zuge der KldB 2010 auch die einzelnen Abgrenzungen bei Ingenieurberufen geändert haben, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln diese Umstellung zum Anlass genommen, die Berichterstattung zum Arbeitsmarkt in Ingenieurberufen an die neue Berufsklassifikation anzupassen.

Die künftige Arbeitsmarktberichterstattung zu den Ingenieurberufen (Ingenieurmonitor KldB 2010) wird wie gewohnt monatlich und jeweils kurz nach Erscheinen der aktuellen Monatsdaten der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.

Bedingt durch die Umstellung der Arbeitsmarktberichterstattung seitens der BA und ein geändertes Meldeverhalten offener Ingenieurstellen seitens der Ingenieurbeschäftigen sind Daten zum Arbeitsmarkt in Ingenieurberufen in der Klassifikation der Berufe 2010 jedoch nicht mehr mit Daten der zuvor angewendeten Klassifikation der Berufe 1988 vergleichbar.

Fazit: Die Eintrübung der konjunkturellen Lage macht sich inzwischen selbst am Arbeitsmarkt in Ingenieurberufen bemerkbar. So ging die Zahl der offenen Stellen in Ingenieurberufen im Dezember 2012 bereits den achten Monat in Folge zurück. Obwohl ein Rückgang der Nachfrage in den Wintermonaten nicht ungewöhnlich ist, fiel dieser im Dezember 2012 mit einem Minus von 6,1 Prozent sehr deutlich aus. Nichtsdestotrotz lag die Arbeitskräftenachfrage in den Ingenieurberufen mit 71.900 Vakanzen auch weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Die Zahl der Arbeitslosen in Ingenieurberufen stieg zum vierten Mal in Folge an und erreichte einen Wert von 24.115 Personen. Damit kamen im Schnitt in den Ingenieurberufen 3,0 offene Stellen auf einen Arbeitslosen. Auch wenn sich die Lage deutlich entspannt hat, bestehen also nach wie vor substantielle Engpässe. Differenziert man nach Berufskategorien finden sich die größten Engpässe in den Bereichen Maschinen- und Fahrzeugtechnik, Energie- und Elektrotechnik und Metallverarbeitung.

(VDI/iw)

www.
ZBI-Berlin.de

Mit Bildungsexport „Made in Germany“ nachhaltig gegen Ingenieurmangel

Anlässlich der Präsidiumssitzung von TU9 am 8.2.2013 an der Universität Stuttgart tauschten sich die Präsidenten und Rektoren mit dem Direktor und geschäftsführenden Präsidiumsmitglied des VDI, Dr.-Ing. Willi Fuchs, über Projekte zum Bildungsexport „Made in Germany“ im Bereich Nachhaltigkeit aus. Mit diesem Vorhaben soll ein wichtiger Beitrag geleistet werden, Schwellen- und Entwicklungsländern zu helfen und zugleich dem bundesweiten Ingenieurmangel entgegenzuwirken sowie den deutschen Arbeitsmarkt weiter zu internationalisieren. Zudem erörterten die TU9- und VDI-Verantwortlichen Chancen und Herausforderungen der weiter steigenden Studierendenzahlen vor dem Hintergrund der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht. TU9 unterstrich in diesem Zusammenhang erneut die Forderung nach einer Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes noch in dieser Legislaturperiode, damit Bund und Länder künftig gemeinsam Forschung und Lehre an Hochschulen fördern können.

Prof. Dr.-Ing. Ernst Schmachtenberg, TU9-Präsident und Rektor der RWTH Aachen: „Der VDI ist mit 150.000 Mitgliedern die größte Ingenieurvereinigung Deutschlands, ich bin selbst Mitglied des VDI, arbeite als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats und Mitglied des Präsidiums mit. Deshalb freue ich mich besonders, dass meine TU9-Kollegen und ich Dr.-Ing. Willi Fuchs als Gast bei der TU9-Mitgliederversammlung in Stuttgart begrüßen konnten. Der VDI ist ein wichtiger Partner für TU9 und wir möchten die Zusammenarbeit bei exklusiven Projekten, etwa dem Export deutscher Ingenieurausbildung im Bereich Nachhaltigkeit, gerne weiter vertiefen.“

Der Rektor der Universität Stuttgart Prof. Dr.-Ing. Wolfram Ressel: „Die Universität Stuttgart gilt seit vielen Jahren als eine international renommierte Ingenieurschmiede. In dieser Verantwortung werden wir gemeinsam mit den in der TU9 zusammengeschlossenen Universitäten und dem VDI unseren Beitrag dazu leisten, auch auf internationaler Ebene die Ingenieurwissenschaften in Forschung und Lehre zu stärken.“

Dr.-Ing. Willi Fuchs, Direktor und geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des VDI: „Ich freue mich sehr über die gute Zusammenarbeit zwischen dem VDI und der TU9. Beispielhaft möchte ich hier die Kooperation bei der UNESCO Engineering Initiative erwähnen, mit der wir gemeinsam eine stärkere Ausrichtung der Ingenieurausbildung am Leitbild der Nachhaltigkeit erreichen wollen. Auch bei der engineerING card, dem Berufsausweis für Ingenieurinnen und Ingenieure, ziehen wir an einem Strang, damit die deutsche Ingenieurausbildung weiter internationalisiert und die Mobilität unserer Fachkräfte gestärkt wird. Dass die führenden technischen Universitäten in Deutschland und der VDI hier eng zusammen arbeiten, ist auch ein klares und starkes Signal in Europa.“

(TU9)

VDV-Schriftenreihe Band 26

Vorfahrt für die Schiene – Gleisbau
Planung – Bau – Vermessung

Ausgesuchte und überarbeitete Beiträge der Fachgruppe „Gleisbau“ des BILDUNGSWERKS VDV, insbesondere der Jahrestagungen in Berlin.

Aus dem Inhalt:
Lichtraumvermessung, Laserscanning, Weichen, Hüllkurven, Wiener Bogen®, Feste Fahrbahn, City-Tunnel Leipzig, U-Bahn-Bau in Barcelona und Dubai u.a.

Broschur, 114 Seiten Umfang mit zahlreichen Abbildungen, ISBN 978-3-87124-336-3, 19,90 EUR zzgl. Versandkosten/inkl. USt.

Rückhalt für die Freien Berufe

Europäische Kommission anerkennt Bedeutung der Freien Berufe

Am 23. Januar 2013 stimmte der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlamentes über seinen Bericht zur Revision der Berufsqualifikationsrichtlinie ab. Besonders erfreulich ist die Aufnahme der Definition der Freien Berufe aus der EuGH-Rechtsprechung als Legaldefinition in den Richtlinientext, für die der BFB geworben hat. Darin heißt es, „freie Berufe erbringen auf der Grundlage einschlägiger Berufsqualifikationen persönlich, in verantwortungsbewusster Weise und fachlich unabhängig geistige und planerische Dienstleistungen für ihre Auftraggeber und die Allgemeinheit (...).“

Bei den angenommenen Kompromissanträgen ist beim partiellen Zugang die grundsätzliche Ausnahme der Berufe der automatischen Anerkennung zu begrüßen. Allerdings blieb die vom BFB geforderte Ergänzung um weitere sektorale Berufe leider aus. Weiterhin ist entsprechend dem Abstimmungsergebnis eine Ablehnung des partiellen Zugangs auch aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses möglich, die sich an der EuGH-Rechtsprechung orientieren soll. Jedoch ist überaus bedauerlich, dass als Voraussetzung für den partiellen Zugang die objektive Trennbarkeit der Tätigkeit von den restlichen Berufstätigkeiten weiterhin in Bezug auf das Herkunftsland beurteilt werden soll.

Bereits eine Woche vorher hatte die Europäische Kommission die Bedeutung der Freien Berufe gewürdigt: In dem vom Vizepräsidenten der EU-Kommission Antonio Tajani vorgestellten Europäischen Aktionsplan „Unternehmertum 2020“ hat die EU-Kommission ausdrücklich den wirtschaftlich bedeutenden Beitrag der Freien Berufe für die europäische Wirtschaft anerkannt. Zudem wird der europäische Gesetzgeber aufgefordert, bei der Gesetzgebung die Besonderheiten des Mittelstandes, aber eben explizit auch die der Freien Berufe zu berücksichtigen.

BFB-Präsident Dr. Rolf Koschorrek MdB würdigte das denn auch als einen wichtigen Schritt nach vorne. Damit werde ein unmissverständliches Bekenntnis zu den Freien Berufen und ihrem System ausgesprochen und diese nicht wie sonst üblich ständig in den Fokus von ungerechtfertigten Deregulierungsbestrebungen geschoben. Vielmehr sollen jetzt die Potenziale der Freien Berufe genutzt werden. Dies, so Koschorrek, sei auch schlüssig und umso wichtiger, will sich Europa als verbraucherfreundlicher „Qualitäts-Binnenmarkt“ im globalen Wettbewerb positionieren.

„Außerdem sollen die Freien Berufe als Unternehmer und eben auch als Arbeitgeber weiter gefördert werden. So soll eine Arbeitsgruppe für die Freien Berufe eingesetzt werden, um spezifische Bedürfnisse in Verbindung mit Vereinfachung, Internationalisierung und Zugang zu Finanzierung zu begutachten. Die Freien Berufe werden sicherlich weiter gefordert sein, aufmerksam zu bleiben. Aber die Tonlage ist erfreulich kooperativ.“

(BFB)

„Mittelstandsinitiative Energiewende“ gestartet

Zum Jahresbeginn 2013 ist die „Mittelstandsinitiative Energiewende“ gestartet, eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). Die Mittelstandsinitiative wird die Unternehmen des Mittelstands mit fachkundiger Information und Expertise rund um die Energiewende unterstützen.

Für den Erfolg der Energiewende und den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland ist es unverzichtbar, dass mittelständische Unternehmen aus Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen die vielfältigen Chancen nutzen, die sich durch die Energiewende eröffnen. Viele Unternehmen und Betriebe haben gezielten Informations- und Qualifikationsbedarf, um weitere Energieeinsparpotenziale zu heben und ihre Energieeffizienz zu verbessern.

Mit dem Start der Initiative wurde eine vom DIHK und vom ZDH getragene Servicestelle „Mittelstandsinitiative Energiewende“ eingerichtet. Dort können sich mittelständische Unternehmen ab sofort über Förder- und Beratungsmöglichkeiten vor Ort informieren. Zudem wird die Servicestelle künftige Projekte der Initiative koordinieren. Um die zahlreichen Informations- und Beratungsangebote flächendeckend zugänglich zu machen, wurde das Online-Portal www.mittelstand-energiewende.de eingerichtet. Teil der Initiative ist auch ein direkter Dialog mit dem Mittelstand über die Chancen und Herausforderungen der Energiewende. In den „Regionaldialogen“ werden der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, DIHK-Präsident Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann und ZDH-Präsident Otto Kentzler das Gespräch mit der mittelständischen Wirtschaft suchen. Eine gemeinsame Auftaktveranstaltung mit beiden Ministern soll im März 2013 in Berlin stattfinden. *(BMU)*

Freie Berufe als moderne Vertreter einer Sozialen Marktwirtschaft

Innenminister Friedrich beim Bundesverband der Freien Berufe

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich war Anfang des Jahres der Einladung des Bundesverbandes der Freien Berufe gefolgt und sprach beim Neujahrsempfang über die Rolle der Freien Berufe in der Sozialen Marktwirtschaft.

Friedrich lobte die knapp 1,2 Millionen Freiberufler in Deutschland als eine wesentliche Säule unserer Wirtschaft. „Sie verbinden Freiheit und Verantwortung. Das ist es, was auch die Soziale Marktwirtschaft ausmacht. Nur wer auf die Eigenverantwortung des einzelnen setzt, schöpft das kreative Potenzial der Menschen aus."

„Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat Deutschland so gut überstanden, weil es in Deutschland so viele mutige Menschen wie Sie gibt, die Eigenverantwortung und Risikobereitschaft miteinander verbinden.", lobte Friedrich. Er verwies auf den Ausspruch des Theologen Adolph Kolping: „Wer Mut zeigt, macht Mut". Deshalb vertrauten die Menschen in Deutschland nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wieder der Sozialen Marktwirtschaft – und damit dem freien Unternehmertum. Einer Allensbach-Umfrage zufolge bewerten 48 % der Bürger das deutsche Wirtschaftssystem positiv. Vor einigen Jahren waren es gerade mal 25 %. Zudem erhoben 2005 noch 55 % der Bürger den Vorwurf, die Marktwirtschaft sei nicht leistungsfähig. 2012 meinten dies nur noch 8 %.

Gleichwohl stünden wir vor großen Herausforderungen, die von Politik und Wirtschaft nur gemeinsam gemeistert werden könnten. Friedrich verwies vor allem auf den demografischen Wandel. Der erfreuliche Gewinn an Lebenszeit ginge einher mit einer insgesamt sinkenden Bevölkerungszahl. Bis 2060 wird ein Bevölkerungsrückgang in Deutschland um etwa 21 Prozent prognostiziert.

„Auf die Probleme gebe es nur eine Antwort: das Vertrauen in die Soziale Markwirtschaft.", so Friedrich. Dazu gehöre es, die kreative Innovationskraft im eigenen Land optimal auszuschöpfen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zudem forderte Friedrich „ein Höchstmaß an Flexibilität": Jedem Einzelnen müsse entsprechend seiner individuellen Lebenslage und seines Alters die Chance gegeben werden, seine Fähigkeiten zu entwickeln. „Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind", so Friedrich. „Flexibilität am Arbeitsplatz etwa wird von den tausenden Freiberuflern in Deutschland überhaupt erst ermöglicht". Dies fördere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bild: BFB

Friedrich richtete abschließend einen Appell an die Freiberufler, ihre eigenen IT-Systeme sicher zu halten. „IT-Sicherheit made in Germany" sei nicht nur ein wichtiger Standortfaktor. Sondern gerade die Freiberufler seien auch auf sichere IT-Systeme angewiesen, um ihre Dienstleistungen vertrauensvoll anbieten zu können. Nur mit effizienten Schutzmaßnahmen könnten die Risiken von IT-Angriffen minimiert werden.

Friedrich warb dafür, die Angebote des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnologie in Anspruch zu nehmen. Zudem verwies er auf die Hilfestellungen des „Vereins sicher im Netz e.V.". *(BMI)*

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung: Sand im Getriebe

Am 29. November hat der Bundestag über die Zukunft der Wasserstraßen und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen (WSV) diskutiert. Aus diesem Anlass besuchten Beschäftigte des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin die Abgeordneten und übergaben ihnen gemeinsam mit ver.di-Bundesfachgruppenleiterin Antje Schumacher-Bergelin einen offenen Brief. Vor dem Reichtstag überreichten die Beschäftigten des Wasser- und Schifffahrtsamtes Berlin den offenen Brief an Bundestagsabgeordnete. Denn mit der vom Bundesverkehrsministerium angestrebten Reform der WSV droht ein massiver Personalabbau. ver.di befürchtet, dass dabei bis zum Jahr 2020 bis zu 2700 Stellen abgebaut werden. Das sind mehr als 20 Prozent der Beschäftigten. Auch SPD und Linkspartei kritisieren die geplante Reform. In der Bundestagsdebatte wurden ihre Anträge jedoch durch die Koalitionsmehrheit abgelehnt.

„Allerdings konnten wir Sand ins Getriebe streuen. In den Ländern regt sich zunehmend der Widerstand", sagt Schumacher-Bergelin mit Blick auf die Aktivitäten ver.dis. Bei einem Treffen der Ländervertretungen mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) wurden die Eingriffe in Länderkompetenzen durch die Reform kritisiert. Die Länder haben den Minister aufgefordert, hier für Klarheit zu sorgen, bevor ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt wird. Auch ver.di wird das Reformvorhaben weiter kritisch begleiten. *(ver.di)*

Wir fokussieren, messen, bewerten
– exakt und global.

arbeitsplatz-erde.de/image

VDV BDVI DVW

Bauen. Umwelt. BDB

Architekten und Ingenieure gestalten die Umwelt. Unter diesem Motto wird vom 10. bis 11. Mai der Deutsche Baumeistertag 2013 in Münster durchgeführt. Nähere Informationen unter www.baumeister-online.de.

Bundeskongress in Stralsund

Unter dem Leitthema „Chancen & Risiken für den Küstenraum" findet der 28. BWK Bundeskongress vom 19.-21. September 2013 in Stralsund statt. Bitte reservieren Sie bereits jetzt diesen Termin! Erste Informationen zum Bundeskongress erhalten Sie auf der Homepage des BWK.

Gesetz zur Professorenbesoldung

Das Bundeskabinett hat am 30 Januar 2013 einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Professorenbesoldung und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften gebilligt. Viele Anregungen des dbb beamtenbund und tarifunion wurden im Vergleich zum ersten Entwurf aufgenommen. Bei der Professorenbesoldung kritisiert der dbb allerdings insbesondere die Regelungen zur Anerkennung von Kinderbetreuungs- oder Pflegezeiten für die Erfahrungszeit sowie die Absenkung der Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen. Die Regelungen zur Professorenbesoldung im Überblick:

- Anhebung des Grundgehaltes in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3,
- Einführung eines Erfahrungsstufenaufstieges in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 bestehend aus 3 Stufen, wobei der Aufstieg nach 7 Jahren erfolgt,
- Anerkennung von Kinderbetreuungs- und Pflegezeiten als Erfahrungszeiten innerhalb des Stufenaufstieges,
- Berücksichtigung von Erfahrungszeiten bei der ersten Stufenfestsetzung, wobei Kinderbetreuungs- und Pflegezeiten nicht einbezogen sind,
- *Beibehaltung von Leistungsbezügen
- Anrechnung im Rahmen der Überleitung von Leistungsbezügen aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen, die zum 1. Januar 2013 bereits bestanden haben.

Positiv bewertet der dbb, dass Leistungsbezüge für besondere Leistungen in der Forschung, Lehre, Kunst usw. bei der Überleitung vollständig erhalten bleiben. Kritisiert wurde jedoch, dass Zeiten einer Kinderbetreuung oder Pflege, die vor der Ernennung erbracht wurden, nicht als Erfahrungszeit mit einem Zeitraum von mindestens drei Jahren anerkannt werden sowie die Absenkung der Ruhegehaltfähigkeit der Leistungsbezüge von 40 auf nunmehr 22 Prozent. *(dbb)*

Studienreise nach Masuren

Die Studienreise des Landesverbandes der Agraringenieure Niedersachsen führt in diesem Jahr in der Zeit vom 05.06.-11.06. 2013 nach Masuren in Polen. Dazu sind alle Mitglieder, Freunde und Gäste recht herzlich eingeladen. Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Als Ansprechpartner steht der Kollege Hartmut Lüdeke, Vor den Höfen 6, 38667 Bad Harzburg, Telefon dienstlich: 0531-28997-139, privat; 05322-81233, E-Mail: Hartmut.Luedeke@LWK-Niedersachsen.de zur Verfügung. *(LAI)*

WSV-Reform

Der niedersächsische SPD Landtagsabgeordnete Wiard Siebels hat das Vorgehen der Schwarzgelben Bundesregierung bei der Reform der Wasser und Schifffahrtsdirektion kritisiert. Erst am letzten Tag vor der Weihnachtspause habe die Schwarzgelbe Bundesregierung die umstrittene Reform vorgelegt, mit dem die Voraussetzungen für die neue Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt in Bonn geschaffen werden sollen, so der Abgeordnete. Als Frist wurde für die Länder und die entsprechenden Verbände der 15. Januar 2013 gesetzt, teilte der Abgeordnete weiter mit. Offensichtlich wolle Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer aus Bayern eine weitere Diskussion dieses Themas vermeiden, anders sei der knappe Zeitplan nicht zu erklären, kritisierte Siebels. „Kein Wunder, dass Ramsauer weitere Diskussionen befürchtet", sagte Siebels, da das Vorhaben sowohl bei den Ländern als auch bei der Wirtschaft auf massive Kritik gestoßen sei. Erst Ende Oktober 2012 hatten sich die Bundesländer auf ihrer Verkehrsministerkonferenz einhellig gegen die Pläne von Schwarzgelb gestellt.

Den jetzt vorgelegten Entwurf habe die Bundesregierung nicht nur zeitlich

sehr knapp angesetzt, sondern auch als Einspruchsgesetz formuliert, dass ohne Zustimmung der Länder in Kraft treten könne, machte Siebels deutlich. Der Bundesverkehrsminister weigerte sich außerdem im Bundestag kritische Fragen zu beantworten und peitschte die Pläne stattdessen in den Ausschüssen durch. Eine seriöse Infrastrukturpolitik sehe anders aus, sagte Siebels. *(Wiard Siebels)*

IfKom Ingenieure für Kommunikation

Warnung vor Black out

In allen Bereichen des täglichen Lebens ist unsere Gesellschaft zunehmend von der Zuverlässigkeit technischer Systeme abhängig. Energie, Wasser und Telekommunikation stehen uns in Deutschland meist ohne Unterbrechung zur Verfügung. Wie anfällig sind diese Infrastrukturen wirklich? Als am 21. Januar dieses Jahres in einem Technik-Gebäude in Siegen (NRW) ein Feuer ausbrach, fielen in der gesamten Region sowohl die Telefone als auch der Mobilfunk und das Internet aus.

Zwar verpflichtet das Telekommunikationsgesetz die Netzbetreiber dazu, ein Sicherheitskonzept zu erstellen und Vorkehrungen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit zu treffen, aber nur, wenn der dafür erforderliche Aufwand in einem angemessenen wirtschaftlichen Verhältnis zur Bedeutung der zu schützenden Telekommunikationsnetze steht. Die Bundesnetzagentur fordert in ihrem Leitfaden für Sicherheitskonzepte erst für den Fall einer erheblichen Beeinträchtigung der Verfügbarkeit, entsprechende Notfallreserven vorzuhalten.

Nach Ansicht der IfKom gehören diese Regelungen auf den Prüfstand. Die Politik ist gefordert, nicht nur mit Begriffen wie „Kritische Infrastruktur" zu arbeiten, sondern auch verantwortungsvoll zu handeln und die bestehenden Regelungen anzupassen. Der Schutz der Bevölkerung vor gravierenden Ausfällen der Infrastrukturen muss erhöht werden, und zwar ohne Wettbewerbsverzerrungen auszulösen.

Die Sensibilität für die Preisgabe persönlicher Daten und für die Gefahren im Internet ist rasch gestiegen. Nur über das eigentliche Funktionieren der Technik macht man sich zurzeit noch weniger Gedanken. Wir sollten nicht erst auf den großen Black out warten! *(IfKom)*

„Connecting Europe" effizient ausgestalten

Das geplante EU-Förderprogramm „Connecting Europe" (CEF) zur Verknüpfung von Energie-, Verkehrs- und IKT-Infrastrukturnetzen muss effizient und zielorientiert ausgestaltet werden, um den Breitbandausbau voran zu bringen. Dies fordern die IfKom gemeinsam mit den ebenfalls in der Breitband-Arbeitsgruppe des nationalen IT-Gipfels vertretenen Wirtschaftsunternehmen und Spitzenverbänden in einer Stellungnahme an die EU-Kommissarin Neelie Kroes sowie an den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

„Weder der Entwurf der CEF-Verordnung noch der Entwurf der Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze beinhalten bislang klare Vergabekriterien", heißt es in der u.a. von Alcatel-Lucent Deutschland, BITKOM, BREKO, BUGLAS, IfKom, HUAWEI TECHNOLOGIES Deutschland, Nokia Siemens Networks und VATM unterzeichneten Stellungnahme der Arbeitsgruppe.

Die IfKom sehen in der flächendekkenden Breitbandversorgung eine zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Informations- und Wissensgesellschaft, die die Infrastrukturbetreiber nicht alleine im Markt stemmen werden. Daher ist die Politik gefordert, mit rechtssicheren Regelungen und gezielten Förderungen Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten und so den Breitbandausbau für die Bevölkerung und die Wirtschaft voranzubringen.

Das geplante EU-Förderprogramm kann diesem Anspruch gerecht werden, wenn es hinsichtlich der Vergabekriterien transparent aufgebaut ist, den Breitbandausbau dort fördert, wo unter Marktbedingungen auf absehbare Zeit keine Investitionen zu erwarten sind, die bisherigen Investitionen nicht entwertet sowie Wettbewerb und Technologieneutralität unterstützt.

Die IfKom begrüßen ausdrücklich die Vorschläge der Europäischen Kommission zur CEF und bitten den Bundesminister der Finanzen um Unterstützung bei der weiteren Ausgestaltung. Nur so können die Ziele der Digitalen Agenda für Europa erreicht werden, bis 2020 eine flächendeckende Breitbandversorgung mit Übertragungsraten von mindestens 30 Megabit pro Sekunde und für mindestens die Hälfte der europäischen Haushalte 100 Megabit pro Sekunde herzustellen. *(IfKom)*

VDEI

Bayerisches Fachkräfteportal der Bahnbranche online

Ein neues bayerisches Fachportal soll das Interesse für Berufe im Bahnsektor forcieren und dem Fachkräftemangel in dieser Branche entgegenwirken. Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil hat Mitte Januar die Internetseite www.bahn-frei-zukunft.de freigeschaltet, die als Produkt einer Kooperation des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. VDV, des

Verbands Deutscher Eisenbahnfachschulen e.V. VDEF, verschiedener bayerischer Eisenbahnverkehrsunternehmen und der größten Eisenbahnergewerkschaft, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, entstanden ist. „Unsere Bahnbranche in Bayern bewegt was und sich selbst auch. Ich freue mich, dass hier die unterschiedlichsten Parteien mit viel Dampf in die gleiche Richtung anschieben. Es ist nicht selbstverständlich, dass untereinander im Wettbewerb stehende Firmen über den Tellerrand hinaus schauen, um auf der Suche nach Fachkräften ein Gemeinschaftsprojekt zu starten", lobt Zeil, der darin einen weiteren Beleg sieht, wie pragmatisch im Freistaat Wirtschaftspolitik gemacht wird.

Der Mit-Initiator der Fachkräfteoffensive Bahn Bayern, das EVG-Vorstandsmitglied Martin Burkert, freut sich, dass nun aus einer Idee ein konkretes Produkt entstanden ist. „Nun können Interessierte an der Bahnbranche schnell und unkompliziert nachsehen, wie vielfältig und faszinierend die Berufswelt der Eisenbahner ist", so Burkert. „Ein schönes Ergebnis, wobei der besondere Charme dieses Projektes darin liegt, dass hier der VDV und die EVG gemeinsam etwas für unsere Branche unternommen haben", ergänzt Gerrit Poel, Geschäftsführer der VDV-Landesgruppe Bayern.

Das Eisenbahn-Fachkräfteportal ist ein konkretes Projekt der Initiative ‚Runder Tisch Fachkräfteoffensive Bahn Bayern'. Auf der neuen Homepage unter dem Slogan ‚Bahn frei Zukunft!' können sich potenzielle Arbeitnehmer über die große Bandbreite der Berufe und deren viele Facetten in der Bahnbranche informieren. Über ein Stellenmarktportal hat man zusätzlich den direkten Zugriff auf die freien Stellen der einzelnen Verkehrsunternehmen. „Die Verbesserung der Infrastruktur ist nur die eine Seite der Medaille. Diese wäre aber nicht einmal die Hälfte wert, wenn wir nicht ausreichende und engagierte Menschen haben, die dafür sorgen, dass Personen und Güter von Punkt A nach B befördert und transportiert werden", betonen Zeil, Burkert und Poel gemeinsam.

An der Finanzierung der Homepage beteiligen sich neben der VDV-Landesgruppe Bayern, der VDEF sowie die in Bayern vertretenden Eisenbahnverkehrsunternehmen agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG, Bayerische Oberlandbahn GmbH, Bayerische Regiobahn GmbH, die Länderbahn sowie die DB Regio Bayern. Die Homepage wurde von der Werbeagentur Artemino Design & Kommunikation GmbH aus dem mittelfränkischen Stein entwickelt, deren Mutterunternehmen ComputerCreativ Design & Kommunikation GmbH unter anderem seit fünf Jahren die Markenkampagne für die Verkehrs-AG Nürnberg umgesetzt hat.

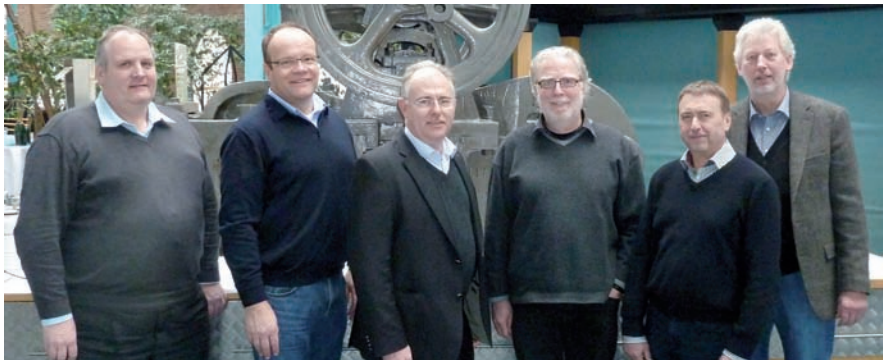
Die ‚Fachkräfteoffensive Bahn Bayern' ist im April 2012 auf Initiative von Minister Zeil und EVG-Vorstandsmitglied Burkert ins Leben gerufen worden. Mitglieder sind neben dem Bayerischen Verkehrsministerium, der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, der VDV-Landesgruppe Bayern, den bayerischen Eisenbahnverkehrsunternehmen, dem VDEF und der EVG auch die Lokführergewerkschaft GDL, die Regionaldirektion Bayern der Agentur für Arbeit und der Bayerische Industrie- und Handelskammertag. Bundesweit ist sie die einzige Plattform dieser Art, die sich mit Strategien und Lösungsansätzen zum Umgang mit dem Fachkräftemangel bei den Eisenbahnunternehmen beschäftigt. Insbesondere bei den Ingenieuren und den Lokführern tut sich die Branche bereits jetzt schwer, ausreichend Arbeitskräfte am Markt zu finden. Darüber hinaus hat sich vor zwei Monaten ein Fachkongress im Bayerischen Verkehrsministerium mit dieser Thematik befasst.

(StMWIVT)

VDV

Spitzengespräche

Das jährliche Spitzentreffen der drei Geodäsieverbände VDV, BDVI, und DVW fand in diesem Jahr am 25. und 26. Januar in Papenburg statt. Auf der Agenda standen grundsätzliche Themen zum Zusammenwirken der Geodäsieverbände auf internationaler, nationaler und Landesebene. Die Verbandsspitzen waren sich einig, dass die bisherige Zusammenarbeit als äußerst positiv und sehr freundschaftlich zu beurteilen sei. Basierend auf der Sieker berufspolitischen Erklärung wurden daher insbesondere die strategische und inhaltliche Ausrichtung der weiteren Zusammenarbeit diskutiert. Weitere Themen waren Stand und Ausrichtung der von den drei Verbänden geplanten Geodäsie-Akademie, die Fortführung der Imagekampagne WIR GEODÄTEN, die Nachwuchsplattform www.arbeitsplatz-erde.de und der Verbändepark auf der diesjährigen INTERGEO® in Essen.



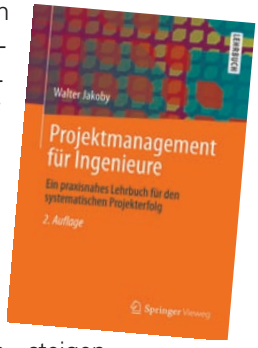
Das Foto zeigt die Teilnehmer des Spitzentreffens: Burkhard Kreuter, Christof Rek, Michael Zurhorst, Wilfried Grunau, Wolfgang Heide und Karl-Friedrich Thöne.

Walter Jakoby

Projektmanagement für Ingenieure

Ein praxisnahes Lehrbuch für den systematischen Projekterfolg

2. Aufl. 2012. XII, 359 S. 34,95 €. ISBN 978-3-8349-1862-1. Springer-Vieweg Verlag, Berlin/Heidelberg.



Die Arbeit in Projektform gewinnt in Studium und Beruf immer mehr an Bedeutung. Projekte sind die Antwort auf kürzer werdende Innovationszyklen, steigenden Kostendruck und zunehmende personelle und fachliche Vernetzung. Das Management von Projekten wird in diesem Buch bei Grundlagenkenntnissen beginnend als durchgängiges Konzept dargestellt, bei dem Probleme zielgerichtet gelöst, Arbeitsprozesse strukturiert geplant und Projektteams termintreu geführt werden. Das Lehrbuch gibt allen in Projekten Tätigen eine praxisnahe Einführung in die Prozesse, Methoden und Tools des Projektmanagements.

Die Anwendung der Methoden wird an vielen Beispielen aus den Bereichen IT, Software, Elektronik, Automation, Mechatronik und Bauwesen demonstriert; Fallbeispiele aus realen Projekten veranschaulichen den praktischen Nutzen; Formulare und Checklisten unterstützen die direkte Umsetzung; Verständnisfragen und Übungsaufgaben am Ende jedes Kapitels vertiefen und festigen das Wissen auf einem Niveau, das für die Leitung von Projekten erwartet wird. Das Buch ist gegenüber der ersten Auflage um die beiden Kapitel über Kosten- und Qualitätsmanagement erweitert worden. Ausführlicher werden auch die Aktivitäten zum Projektabschluss dargestellt. Das Kapitel über Software-Werkzeuge wurde um eine kompakte Anleitung zum Gebrauch von MS-Excel für einfache Planungsaufgaben erweitert und der Schnelleinstieg in MS-Project wurde auf die neueste Version 2010 aktualisiert. Mit der 2. Auflage wird der Lehrbuchcharakter des Buches noch stärker betont: Jedes Kapitel beginnt mit einer kurzen Inhaltsangabe und der Nennung der Lernziele; alle beschriebenen Begriffe und Methoden werden an Beispielen verdeutlicht; am Ende jedes Kapitels findet sich ein Repetitorium mit Zusammenfassung, Checklisten, Verständnisfragen und Übungsaufgaben.

Fazit: das Buch ist eine kompakte Zusammenfassung aller wesentlichen Prozesse des Projektmanagements und sollte nicht nur für Studierende sondern auch für Praktiker zum Standard einer Fachbibliothek gehören.

Lothar Neimke

Das Sachverständigengutachten

Grundlagen für den Aufbau und Inhalt eines Gutachtens

3. durchgesehene Aufl. 2012. 158 S. 29,– €. ISBN 978-3-8167-8758-7. Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart.

Als Sachverständiger den richtigen Ton zu treffen, ist das A und O für ein gelungenes und vor allen Dingen weniger angreifbares Gutachten. Übung macht den Meister, weshalb die Bestellkörperschaften nicht nur von angehenden, sondern auch von bereits langjährig tätigen Sachverständigen immer wieder Probegutachten einfordern. Nicht nur allein die Fachkunde befähigt den Sachverständigen, den vorgegebenen formalen Standards muss ein Gutachten ebenso entsprechen wie sich der Verfasser intensiv mit der Sprache und Denkweise der Juristen auseinandersetzt. Vom Auftragseingang bis zur abschließenden Bewertung eines Sachverhaltes erklärt der Autor zusammenhängend alle notwendigen Arbeitsschritte auf dem Weg zum fertigen Gutachten. Ein besonderes Anliegen hierbei ist es, das Gutachten für den Auftraggeber inhaltlich und in seinem Aufbau präzise, verständlich und plausibel zu gestalten. Für Sachverständige und diejenigen, die anstreben, es zu werden, ist dieses Buch ein unverzichtbarer Leitfaden, der formale Hilfestellung leistet.

Wachten/Knoblauch (Hrsg.)

Wer gestaltet und finanziert den Wandel der Städte?

Redevelopment – Die Zweite Zukunft

2012. 108 S. 19,– €. ISBN 978-3-8167-8795-2. Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart.

Wohnen und Leben in der Innenstadt liegt im Trend. Allerdings sind die Reserven im Innern der Städte begrenzt und staatliche Fördermittel Mangelware. Es gilt deshalb, für künftige Stadtentwicklungsaufgaben neue Konzepte und Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. In diesem Tagungsband werden Potenziale aufgezeigt, welche Wege der Projektentwicklung und welche Formen der Finanzierung jenseits der üblichen Fördermittel möglich sind. Mehrere zielführende und erfolgversprechende Ansätze, aber auch erste interessante Beispiele werden beleuchtet und auf ihre realistische Perspektive hinterfragt.

powered by engineers:
www.ZBI-Berlin.de

FOCUS MONEY
Zum 7. Mal in Folge
Deutschlands beste Krankenkasse
Ausgabe 49/2012
Deutschlands größter Krankenkassen-Vergleich
TK-Mitglieder profitieren von Top-Leistungen
Wer zwischen Mai und Dezember 2013 TK-Mitglied wird, erhält nach Ablauf dieser Zeit die TK-Dividende von 10 Euro pro Monat. Eine von vielen Leistungen der TK, die weit über den gesetzlichen Standard hinausgehen.
www.tk-dividende.de
Tel. 0800 - 422 55 85
(gebührenfrei innerhalb Deutschlands, 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr)
Jetzt zu mehr Leistung wechseln und TK-Dividende für 2013 sichern!
Wer viel leistet, hat auch viel Leistung verdient!
Techniker Krankenkasse
Gesund in die Zukunft.
Besuchen Sie uns auch auf: